



Trier 130 Teilnehmer einer Demonstration in Trier verlangen vom Land eine neue Lösung für angehende Gesundheitskräfte. Nach der aktuellen Regelung sind nur die Ausbildungsplätze in Krankenhäusern kostenlos.

Von Kathleen Lang

An der Porta Nigra haben sich nach Angaben der Organisatoren rund 130 Demonstranten zusammengefunden. Sie setzten sich dafür ein, dass das Schulgeld für alle Ausbildungsberufe im Gesundheitsbereich zukünftig wegfallen soll. Demnach sollte die Ausbildung unabhängig vom Schulträger generell schulgeldfrei sein. Bisher ist genau das nämlich nicht der Fall.

Im Land Rheinland-Pfalz werden ausschließlich die Kosten für Auszubildende in Krankenhäusern von den Krankenkassen übernommen. Dagegen protestierten am Mittwoch vor allem Schüler der Medischulen in Trier. Deren gemeinnützige Trägergesellschaft unterhält bundesweit Schulen des Gesundheitswesens und in Trier eine staatlich anerkannte Berufsfachschule für Ergotherapie und Physiotherapie. Organisiert wurde die Demo vom Verband Deutscher Privatschulen Rheinland-Pfalz/Saarland.

Nach der Begrüßung um viertel nach zwölf sprach auch der Landtagskandidat der Linken, Julian Theiss. Anschließend zogen die Demonstrierenden einmal durch die Stadt, bevor die Demo wieder am Porta-Nigra-Platz endete.

Schon lange steht in der Kritik, dass viele Auszubildende in Gesundheitsberufen Schulgeld bezahlen müssen. Dieses kann sich auf bis zu 600 Euro monatlich belaufen. Damit die Ausbildung in Gesundheitsberufen attraktiver wird, plant der Bund, das Schulgeld für Gesundheitsfachberufe abzuschaffen. Somit soll auch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

Da eine bundesweite Umsetzung bislang aber fehlt, haben viele Länder bereits Eigeninitiative ergriffen. In den Bundesländern Hessen, Bayern, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein wurde die Schulgeldfreiheit in Gesundheitsfachberufen laut dem Verband Deutscher Privatschulen bereits umfassend umgesetzt und über Landesmittel finanziert.

In Rheinland-Pfalz beschloss die Landesregierung im Rahmen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, dass die entsprechende Ausbildung in Krankenhäusern schulgeldfrei gestellt und zum Teil auch vergütet wird. Die Krankenhäuser dürfen dabei nur für ihren eigenen Bedarf ausbilden und die Kosten dafür den Krankenkassen in Rechnung stellen.

Ausbildungsstätten mit privaten oder freien Trägern sind von dieser Finanzierungsmöglichkeit ausgeschlossen und weiterhin auf das Erheben des Schulgelds angewiesen. Für viele Berufsfachschulen in freier Trägerschaft ist zudem die Angliederung an ein Krankenhaus aus räumlichen, institutionellen oder wirtschaftlichen Gründen nach eigenen Angaben nicht möglich.

Folge davon ist laut Verband, dass Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben, da bei Schulen in freier oder privater Trägerschaft die Bewerberzahlen sinken, während Kliniken aufgrund der kostenlosen Ausbildungsplätze mehr Bewerber als Kapazitäten haben. Einige Schulen in privater und freier Trägerschaft mussten aufgrund des Konkurrenzdrucks bereits schließen.

In den Kliniken werden die angehenden Gesundheitskräfte laut Verband inhaltlich vor allem auf die Praxis im Krankenhaus vorbereitet. Nach Argumentation der Demonstranten werde das der vielfältigen Berufspraxis nicht gerecht. Die Schulleiterin Anna Herrig der Ergotherapie und die Schulleiterin Karin Fass der Physiotherapie von der Medischen Schulen in Trier betonten: „Die ungleichen Bedingungen sind nicht nur unfair, sondern langfristig wird dadurch ein noch größerer Fachkräftemangel riskiert.“

Wer sich über die Berufsfachschulen in freier und privater Trägerschaft informieren will, kann dies unter der E-Mail info@gesundheitszustand.org tun. Auf der Seite www.petitionen.com gibt es eine Petition mit dem Titel: „Gesundheit ist Zukunft. Aber wie lange noch?“

(Trierer Volksfreund, von Kathleen Lang, 23.10.2020)